

MFN-Info 1/2022 11.03.2020

Der Entwurf des Haushaltsplans 2022

Der Plan enthält erstmals wieder Steuererhöhungen. Die Steuersätze steigen im Vergleich zu 2021:

- Gewerbesteuer: ab 2022 um 9 %
- Grundsteuer A (Landwirtschaft): ab 2022 um 20%
- Grundsteuer B (Gebäude): ab 2022 um 5 %, ab 2023 um 8 %, 2025 um 12 %
 Bei Grundsteuer B ist der Hebesatz-Ertrag je Hebesatzpunkt über die Jahre fast gleichbleibend eingeplant. Er könnte wegen der Bautätigkeit deutlich erhöht und die Steigerung des Steuersatzes verringert werden.
- Grundsteuer C (ab 2025 für baureife unbebaute Grundstücke zulässig) war im Entwurf noch überhaupt nicht eingeplant. Das haben wir beantragt.

Dass wir einem Plan mit Steuererhöhungen zustimmen, wird keiner erwarten. Den Bürgermeister kann das kalt lassen: Mit der Mehrheit von CDU und SPD geht der Plan garantiert durch.

Fördermittel

EU, Bund und Land "verteilen" diese Mittel, um gezielt Entwicklungen zu fördern. Sie fehlen dann in den normalen Zuweisungen. Die Kommunen verlieren dadurch Handlungsspielraum. Ein erheblicher Teil der Fördermittel landet nicht in den Projekten, sondern ernährt das Fördermittel-Management.

Negativ-Beispiele:

- Das EU-LEADER-Projekt soll den ländlichen Raum stärken. Von diesem Projekt ernähren sich auch hauptamtliche Manager, die händeringend nach Möglichkeiten suchen Fördergeld auszugeben. Die "Mitfahr-Bänke" in den Ortsteilen stehen völlig ungenutzt als Denkmäler für eine von vorneherein erkennbare Geldverschwendung. Nideggen hat rund 5.000 € Eigenanteil dafür bezahlt.
- NRW fördert Kunstrasenplätze mit je 165.000 € auch für Vereine, die mit Mühe und Not den Spielbetrieb aufrecht erhalten.
- Der Radweg Schlehbachtal von Brück nach Schmidt soll für 1.125.000 € ausgebaut werden. Auch bei 85 % Förderung ist die Ausgabe unverantwortbar.
- Mit dem Programm Sternenblicke will der Nationalpark die Region zur "Sternenregion" ausbauen. Die "Sternenblicke" sind das Projekt eines Hobbyastronomen, der damit die Sterne erlebbar machen und die Sternbilder erklären will. Besucher können sich in den Sternenblicken auf Bänke setzen und die Milchstraße bewundern oder sich auf Schautafeln über Sternbilder informieren. Mit einer App auf dem Handy geht das besser und billiger. Natürlich alles mit Fördermitteln. Für den Sternenblick in Schmidt hat der Bürgermeister 12.000 € städtische Eigenmittel zugesagt. Ein bescheidener Betrag, der es ihm nicht einmal wert war einen Beschluss zu beantragen. Aber: Völlig überflüssig!
- Um Klimaschutz-Fördermittel zu erhalten, brauchen wir ein Klimaschutzkonzept.
 Wir haben eines bezahlt. Eine Firma hatte das Geschäftsmodell erkannt und erstellte es "in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Nideggen". Das fertige Konzept wurde unkorrigiert auf die Nideggener Web-Seite gestellt. Nur: Beim schon mehrfach verkauften Text wurde vergessen einige Ortsbezeichnungen aus

Rheinland-Pfalz durch "Nideggen" zu ersetzen. Das störte überhaupt nicht. Für Fördermittel-Anträge reicht der Verweis auf das Konzept einer renommierten Firma. Wir kommen ohne Fördermittel nicht aus. Wir können den Fördermittelunsinn nicht ändern. Wer nicht mitmacht bekommt nichts. Es kommt jedoch darauf an, nicht hinter jedem Fördertopf herzujagen und dann auch noch die Folgekosten zu vergessen.

Nationales Projekt Städtebau: "Denkmallandschaft Nideggens Toren" Das Projekt besteht aus:

- Machbarkeitsstudie Entdeckersteg (Ein Baumwipfelpfad zwischen Jugendherberge und dem Parkplatz am Zülpicher Tor).
- Konzeption und Umsetzung des Entdeckerpfads (Ein Rundgang durch die Altstadt entlang der Stadtmauer).
- Sanierung der Stadtmauer (Aber nur teilweise).
- Neugestaltung und Sanierung Innenstadt und Marktplatz.
- Umgestaltung des Alveradisparks (Rechts vom Zülpicher Tor sollen die Grünflächen entlang der Stadtmauer zum Park aufgewertet werden).

Das 4,2 Mio. € Gesamtprojekt war bei der Auswahl erfolgreich. Für ein so ambitioniertes Projekt überreichen Politiker eben gerne einen Förderbescheid. Das Projekt wurde ausreichend bejubelt. Der Eigenanteil kostet mindestens in Punkten Grundsteuer B: 2022 noch 4, in 2023 23 und 2025 43 (fast die Hälfte der Steigerung Grundsteuer B). Dabei sind die Zahlen noch zu niedrig angesetzt. Sie beruhen auf einer 2 Jahre alten Schätzung. Die Grundstücke für den Alvaridespark wurden teuerer – die Eigentümer haben den Jubel über die Fördersumme auch gehört.

Weitere Preissteigerungen sind jetzt schon vorhersehbar. Fest steht nur: Die Fördersumme bleibt gleich. Jede Mehrausgabe geht zu Lasten unserer Stadt. Wir halten nur einzelne Teile des Projektes, Sanierung Stadtmauer und Barrierefreiheit im Altstadtkern, für wirklich sinnvoll und notwendig.

Besonders zweifelhaft ist der Wert der **Machbarkeitsstudie** Entdeckersteg. Für ca. 90.000 € werden wir die Antwort bekommen, dass sie "machbar" ist. Dazu den Hinweis, dass sie für einen bescheidenen Betrag in Mio-Höhe realisierbar sei. Diese Summe wird bewusst klein gerechnet sein, damit wir vielleicht den Folgeauftrag an das gleiche Ingenieurbüro vergeben. Kostensteigerungen können dann locker mit Preissteigerungen erklärt werden. Das werden wir uns nicht leisten können. Eine "Finanzierbarkeitsstudie" brauchen wir für diese Erkenntnis nicht. Also bleibt die Studie liegen, bis es einen passenden Förderaufruf gibt, in den wir dann mit zu geringen Bedarfszahlen einsteigen. Völlig ignoriert werden wieder einmal die Folgekosten.

- Was bringt uns das nationale Projekt?
- Was haben die Einwohner Nideggens davon?

Gewaltige Mehreinnahmen aus der Tourismussteigerung werden erwartet. Auch dafür gibt es eine passende Studie. Die Firma dwif (Eigenwerbung: "Wegweisend in der Tourismusberatung") hat sie erstellt. Auf etliche Annahmen (die man nicht hinterfragen sollte) gestützt, folgt ein mathematisch korrektes Rechenwerk, das zu phantastisch hohen Zahlen für den Mehrwert der Tourismusförderung führt. Kein Wunder, dass die Firma immer dann beauftragt wird, wenn man Ausgaben zur Tourismusförderung rechtfertigen will. Reale Zahlen sehen anders aus: Die Kämmerin schätzt die jährlichen Einnahmen aus Übernachtungssteuer (ohne Jugendherberge) und Gewerbesteuer im Stadtteil Nideggen auf insgesamt ca. 80 T€.

Auch wenn sich die Touristenzahlen verdoppeln sollten, bringt das weniger als uns der durchschnittliche jährliche Eigenanteil kosten wird:

- Ein traumhaft schönes Projekt! Wir können es uns nur nicht leisten!
- Wir können die Finanzierung nicht verantworten.
- MFN, Grüne und FDP haben dem Fördermittelantrag nicht zugestimmt.

Wohnraum in Nideggen schaffen

Innerhalb aller Ortsteile gibt es Baulücken. Von ca. 8.000 Grundstücken sind ca. 400 noch nicht bebaut. Diese Grundstücke verbleiben im Besitz von Familien, die sich noch nicht für eine Bebauung entscheiden konnten. Ab 2025 kann die neue **Grundsteuer C** für baureife unbebaute Grundstücke erhoben werden. Sie soll die Grundstückseigentümer zur Bebauung oder zum Verkauf an Bauwillige veranlassen. Wir haben die Einplanung im Haushaltsplan im Jahr 2025 erreicht, damit die Grundstückseigentümer rechtzeitig auf die notwendige Entscheidung vorbereitet werden.

Wir haben über 20 Jahre **alte Bebauungspläne**, die auf Erschließung warten. Auch dort, wo die Eigentümer auf Erschließung drängen, hat sich wenig getan. Im Baugebiet B-2 in Berg wurde sie mehrfach angekündigt, aber immer wieder verschoben. Auf einen Investor zu warten, der alles aufkauft und erschließt, ist bequemer.



Nun soll nördlich des Schulzentrums auf ca. 15 ha ein neues Wohngebiet "Schmittbüchel" für ca. 1.000 Einwohner entstehen. Die Realisierung erfolgt nach dem "Best Practice" Prinzip: Wenig Arbeit für die Verwaltung – viel Gewinn für den Investor.

Der bisher bekannte Planungsstand ist auf den ersten Blick überzeugend:

- Ökologisch vom Feinsten.
- Niederschlagswasser versickert.
- Pumpen holen die Wärme aus Tiefbohrungen. Das Warmwasser geht zu den Gebäuden.
- In den Gebäuden sorgen Wärmepumpen für Heizung und Warmwasser. Kamine und andere Heizungen werden dort verboten.
- Ein ca. 1 ha großer Solarpark sorgt für den Strombedarf der Tiefenbohrung und der Wärmeverteilung zu den Häusern, wenn die Sonne scheint.

Die Nachteile:

- Das Gebiet wird komplett von der Strompreisentwicklung in Deutschland abhängig sein. Also von einer Entwicklung, die schon vor dem Ukrainekrieg eindeutig nach oben ging.
- Die Grundstückspreise werden für junge Familien aus Nideggen kaum leistbar sein.
- Die sind ja dort auch nicht wirklich gewollt. Die Kämmerin umschreibt das elegant:
 "Unsere größte Einnahmequelle ist der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer.
 Diese lässt sich nur durch adäquaten Zuzug ins Gemeindegebiet stärken."

Also:

- Das ideale Wohngebiet für gut verdienende ökologisch gesinnte Doppelverdiener aus umliegenden Städten, die täglich mit dem SUV ihre Kinder zur Kita bringen und dann zu ihrem bisherigen Arbeitsplatz fahren.
- Wieder zu Hause angekommen, können sie dann einen Blick auf den Stromzähler werfen und eine höhere Pendlerpauschale fordern.

Es klemmt:

• Etliche Grundstückseigentümer wollen auch ein Stück vom Kuchen und verlangen Preise, die der Investor nicht zahlen will.

- Wenn ein Bürgermeister sich da einmischt und "vermittelnd" tätig wird, begibt er sich in eine Grauzone, in der nicht mehr klar ist, ob er im Interesse Nideggens oder in seinem oder dem des Investors handelt.
- Wenn er künftig auch noch Mitarbeiterinnen mit der "Vermittlung" beauftragt, wird die Grauzone deutlich dunkler.
- Wenn er behauptet, dass der Investor Schadensersatz bei einem Abbruch des Projektes wegen zu hoher Forderungen der Grundstückseigentümer fordern könne, passt das nicht zu der Beschlusslage im Bauausschuss. Der Investor müsste sich auf mündliche Zusagen berufen können. Wer ist dann der Schädiger?

Und nebenbei:

- Wollen wir, dass der Ortsteil Nideggen schlagartig um ein Drittel wächst?
- Wollen die Nideggener das?

Straßenerneuerungsprogramm

Der Bürgermeister hatte das ungelöste Straßenerneuerungsproblem von seinen Vorgängern geerbt. Nach Amtsantritt ging er es schwungvoll und dynamisch an. Passiert ist: nichts (von einem Sonderfall abgesehen). Die Standard-Erklärung "coronabedingt" zieht hier nicht. Der Bürgermeister ist länger im Amt als Corona.

Im Haushaltsplanentwurf sind nun wieder alle bisher betroffenen Straßen detailliert mit Angaben zu Ausgaben und Einnahmen (=Anliegerbeiträge) aufgelistet. Alle Planansätze wurden vor mehreren Jahren geschätzt und unverändert jährlich weitergeschoben. Die 2021 durchgeführte Straßenzustandsbefahrung (um objektive Daten zum Straßenzustand zu ermitteln) blieb unberücksichtigt. Ausgerechnet jetzt (extreme Preissteigerung plus Vollauslastung der Unternehmen nach der Flut) diesen ungeplanten Plan vorzulegen ist Unfug. Ehrlicher wäre es, in einer Zeile die geschätzte Summe für das Programm einzustellen und im Text auf die Problematik hinzuweisen.

Andere Anträge zum Haushalt:

- Zum wiederholten Mal fordern wir Ausgabe von Gutscheinen für kostenlose bzw. zumindest verbilligte Windelsäcke an Eltern und pflegende Angehörige. Eine Ausgabe, die für die Solidargemeinschaft zumutbar ist.
- Wir waren immer gegen die Streichung des Zuschusses für die **Musikschule**. Die Mehrheit war immer für die Streichung. Nun beantragen die Unabhängigen einen Zuschuss. Wir unterstützen das.

Was zeigt uns dieser Haushaltsplanentwurf:

- Mangelnde Zuweisungen an die Kommunen und immer neue Zusatzaufgaben bei steigenden Kosten für Personal, Material und Dienstleistungen machen "perfekte" Verwaltungstätigkeit unfinanzierbar.
- Umso wichtiger ist es auf Wünschenswertes zu verzichten und sich auch mit Mindestausstattungen zu begnügen.
- Bürgermeister müssen auch den Mut aufbringen, bei der Aufgabenerfüllung zu sparen, statt das Problem durch Steueranhebungen an die Bürger weiterzugeben.
- Auch Fördermittel sind Gelder, die wir Steuerzahler bezahlt haben und mit denen wir verantwortungsvoll umgehen müssen.

Menschen für Nideggen www.menschen-für-nideggen.de oder bei facebook 1. Vorsitzender: Heinrich Esser, Kleine Königstr. 57, 52385 Nideggen